

**Ausbildungsplatzmisere:
Maßnahmen der Landesregierung unzureichend und falsch**

Nach den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit fehlten in Niedersachsen Ende September 2004 noch fast 1.800 Ausbildungsplätze. Tatsächlich dürfte die Zahl der fehlenden Ausbildungsplätze noch deutlich höher sein. Tausende jugendlicher befinden sich in Warteschleifen wie dem Berufsvorbereitungsjahr oder in Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit. Um dieser Ausbildungsplatzmisere abzuweichen, hat die Bundesregierung einen Ausbildungspakt geschlossen, der 30.000 zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen soll. Nach Abschluss dieses Ausbildungspaktes ist auch die niedersächsische Landesregierung endlich tätig geworden: Sie hat einen niedersächsischen Ausbildungspakt mit den Arbeitgebern geschlossen. Anders als der Bund, der 20% mehr Lehrlinge ausbildet, wird das Land als Arbeitgeber Ausbildungsplätze abbauen. Statt klarer Zusagen wurde im niedersächsischen Ausbildungspakt verabredet, die Ausbildungsvergütungen abzusenken und sich für einen Abbau von Arbeits- und Mitbestimmungsrechten auszubildender einzusetzen. Dies hat wenig mit der Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze zu tun. Die SPD-Landtagsfraktion hat die Landesregierung in einem Antrag aufgefordert, den niedersächsischen Ausbildungspakt nach zu verhandeln, um eine höhere Ausbildungsplatzzusage zu erreichen und der Aushöhlung von Arbeits- und Mitbestimmungsrechten entgegen zu treten.

Schulpolitik neu definieren – Inhalte wichtiger als Strukturen

Interview mit Wolfgang Jüttner, Bildungsexperte und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag

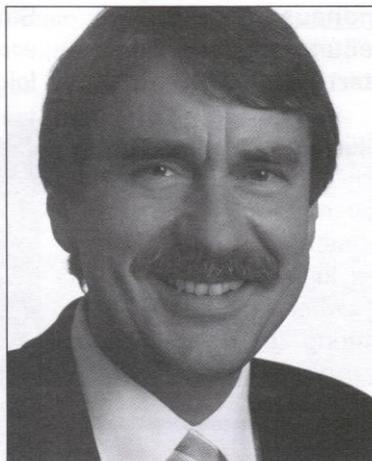
Herr Jüttner, will die SPD sich zur Gesamtschule hinwenden?

Niemand will typisch deutsche Gesamtschulen mit tausenden von Schülern in riesigen Betonkomplexen als Zukunftsmodell ausgeben. Zunächst einmal liegt die Betonung auf längerer gemeinsamer Schulzeit. So können Kinder besser ihren Begabungen und Fähigkeiten entsprechend gefördert werden. Es gibt kaum ein anderes Land in Europa, das seine Schülerinnen und Schüler so früh nach Schularten sortiert wie Deutschland. Natürlich sind die Gründe für das schlechte Abschneiden bei Pisa nicht nur im System zu suchen. Aber gerade die erfolgreichen Länder zeigen uns, dass Spitzenleistungen und ein allgemein höheres Niveau in ihren Schulsystemen erreichbar sind. Daran hat auch die Wirtschaft ein Interesse, deshalb gibt es zunehmend Stellungnahmen aus Handwerk und Wirtschaft, die mehr Integration und Durchlässigkeit fordern.

Also doch eine neue Strukturdebatte?

Darüber haben wir in der Vergangenheit schon zu viel geredet. Wir müssen jetzt viel

mehr über die Frage reden, wie jedes einzelne Kind besser gefördert werden kann. Ich bin beeindruckt, wie professionell in Finnland unterrichtet wird. Jeder kann nachvollziehen, dass Kinder wenig lernen, wenn sie nur etwas erzählt bekommen, sie lernen mehr, wenn sie selbst formulieren und am besten, wenn sie selbst etwas ausprobieren.



Machen deutsche Lehrer keinen modernen Unterricht?

Ich warne vor Lehrerschelte. Viele Pädagogen leisten hervorragende Arbeit in einem immer schwerer werdenden Umfeld. Es ist ein Alarmsignal, dass deutsche Lehrer am unzufriedensten seien und sich weitestgehend belasteter fühlen als

ihre ausländischen Kollegen. Die Lehrerbildung muss endlich reformiert werden. Außerdem ist es ein großer Fehler, dass die Fortbildung gerade in Niedersachsen radikal zusammengestrichen wird. Für Unternehmen ist das undenkbar.

Wie stellen Sie sich den Umgang mit Schulversagen vor?

Leider werden Schüler, die ihre Ziele nicht erreichen aussortiert und abgeschult. Anders als in Pisa-Siegerländern wird Heterogenität bei uns als Bedrohung empfunden. Schulen müssen Rechenschaft ablegen über ihre Arbeit, auch über Gründe von Schulversagen. Wir müssen die Schulen von innen reformieren und die Qualität von Unterricht konsequent verbessern und dann werden wir zwangsläufig an die Grenzen des dreigliedrigen Schulsystems stoßen.

Die SPD in Niedersachsen wird ihren neuen Weg in der Schulpolitik bis zum nächsten Sommer formulieren. Wir werden für unser Konzept die Zustimmung von Lehrerinnen und Lehrern, aber vor allem der Eltern und Schulträger suchen.

Abschaffung des Landesblindengeldes unverantwortlich!

Im Landkreis erhalten zurzeit 176 Personen Blindengeld und Blindenhilfe. Es sind Menschen in allen Altersgruppen, allerdings ist die Gruppe der über 60-jährigen mit allein 127 Betroffenen die Größte. Die Tendenz ist ansteigend.

Die Ursache darin liegt in einem Anstieg insbesondere der sogenannten Altersblindheit. Derzeit werden für die 176 Personen über 55.000 Euro monatlich als Hilfe zur Lebensbewältigung und zur möglichst eigenständigen Lebensführung gewährt.

Die Niedersächsische Landesregierung will diese Beträge einsparen und entzieht damit den Blinden wesentliche Grundlagen für diese eigenständige Lebensbewältigung.

Die Graftschafter SPD hält diese Vorgehensweise für sozialpolitisch unverantwortlich, ja für kalt und herzlos. Damit wird den Blinden und schwer Sehbehinderten auch in der Grafschaft eine wesentliche Grundlage für die Chance zur gleichberechtigten Teilhabe genommen.